

PRESSEMITTEILLUNG

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
T: +49 331 8170000
Fax: +49 331 8170001
E: info@opferperspektive.de

Aus für allgemeine Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg – Ministerpräsident nimmt Petition mit Unterstützungsunterschriften nicht entgegen

Potsdam, 02. Februar 2026

Ab sofort gibt es in Brandenburg keine unabhängige Anlaufstelle mehr für Menschen, die Diskriminierung erfahren. Die einzige allgemeine Antidiskriminierungsberatung des Landes musste zum 1. Februar 2026 ihre Arbeit einstellen – weil die Landesregierung nicht die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Angebots zur Verfügung gestellt hat. Betroffene stehen nun allein da.

Birgit Peter, Leiterin der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg, betont: „*Menschen, die in Brandenburg wegen einer Behinderung, ihres Alters, Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden, haben ab heute keine unabhängige Fachberatung mehr. Die Landesregierung hat es versäumt, diese wichtige Unterstützung zu sichern.*“

Judith Porath, Geschäftsführerin des Trägervereins Opferperspektive e.V., kritisiert: „*Wer Diskriminierung erlebt braucht Schutz, Unterstützung und verlässliche Strukturen. Das Aus für die allgemeine Antidiskriminierungsberatung bedeutet einen massiven Rückschritt für die Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit im Land Brandenburg.*“

Der Trägerverein Opferperspektive e.V. hatte sich zuvor in einem eindringlichen Appell an Ministerpräsident Dietmar Woidke gewandt und darauf hingewiesen, dass allein die Landesförderung den Erhalt der Antidiskriminierungsberatung sichern könnte. Doch das Schreiben der Opferperspektive blieb ebenso unbeantwortet wie ein Unterstützungsschreiben namhafter landesweiter Institutionen – darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg, die LIGA der freien Wohlfahrtspflege und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Mehr als 5.700 Bürgerinnen und Bürger hatten zudem eine Online-Petition an Ministerpräsident Woidke für den Erhalt der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsberatung unterzeichnet.

Doch die zuständige Staatskanzlei des Landes Brandenburg zeigte sich

nicht bereit, die Petition mit den Unterstützungsunterschriften entgegenzunehmen.

Dazu Judith Porath: „*So geht man nicht mit den Anliegen und dem Engagement von Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern um. Der Schutz vor Ungleichbehandlung hat für die amtierende Regierung in Brandenburg offenbar keine ausreichende Priorität.*“

Anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen hat die Opferperspektive zusammen mit dem Aktionsbündnis Brandenburg ein Forderungspapier veröffentlicht. Beide Organisationen fordern von der künftigen Landesregierung: Eine landesweite Antidiskriminierungsberatung zu allen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz geschützten Merkmalen muss dauerhaft abgesichert sein, um Benachteiligungen in Arbeit, Bildung und Wohnen konsequent abzubauen.

Hintergrund:

Seit 2009 leistet die Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive e.V. professionelle Beratung und Unterstützung für Menschen, die Diskriminierung erleben. Zunächst war das Beratungsangebot auf Fälle rassistischer Diskriminierung beschränkt. Mit Hilfe einer Bundes- und Landesförderung konnte das Angebot ab 2023 auf alle Diskriminierungsmerkmale des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ausgeweitet werden.

Mit dem Auslaufen des Bundesprogramms „Respekt*Land“ lag die Verantwortung für die Weiterführung dieser merkmalsübergreifenden Beratung beim Land Brandenburg. Doch die scheidende Regierungskoalition hat keine Haushaltsmittel für die Weiterführung bereitgestellt. Lediglich das von der Landesintegrationsbeauftragten und der Landeshauptstadt Potsdam geförderte Projekt zur Beratung bei rassistischer Diskriminierung kann fortgeführt werden.

Kontakt für Rückfragen:

Judith Porath (Geschäftsführung Opferperspektive)

Tel.: 0151 59100082, E-Mail: j.porath@opferperspektive.de

Birgit Peter (Leitung Antidiskriminierungsberatung)

Tel.: 0151 – 591 000 80, E-Mail: b.peter@opferperspektive.de

Weitere Informationen:

→ Webseite: www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

→ Online-Petition: <https://weact.campact.de/p/antidiskriminierung>

→ Forderungspapier an die neue Regierungskoalition:

www.opferperspektive.de/aktuelles/forderungen-regierungskoalition_2026